

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.02.2026 und Donnerstag, 19.02.2026	
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:02 Uhr	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel	

Anwesend

Vorsitz

Christian Freitag von Dören CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling	CDU	
Anja Lembach	CDU	Abwesend am 19.02.2026
Bernhard Weidenbach	CDU	Abwesend am 19.02.2026
Verena Heyer	Bündnis 90 / Die Grünen	
Dr. Christoph Maas	Bündnis 90 / Die Grünen	
Patricia Römer	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertreten durch: Thomas Wöstmann Abwesend am 19.02.2026

Norman Rothe	SPD	
Matti Schlotzhauer	SPD	Vertretung für: Alexandra Petersen Am 19.02.2026 Vertreten durch Finn Justus Bödding

Antje Hellmann-Kistler	FDP	
Birgit Neumann-Rystow	WSI	Am 19.02.2026 Vertreten durch Angela Drewes

Jugendbeirat

Ayse-Tahila Tokmak	Jugendbeirat	Abwesend am 19.02.2026
Jonah Elias Lassen	Jugendbeirat	Abwesend am 19.02.2026

Seniorenbeirat

Waltraudt Teising	Seniorenbeirat	Abwesend am 19.02.2026
-------------------	----------------	------------------------

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto	Bürgermeisterin	
Claudia Friederich	Erste Stadträtin	
Ralf Waßmann	Fachbereichsleitung	
Oliver Heyer	Verwaltung	Abwesend am 19.02.2026
Anja Rose	Verwaltung	
Annika Berg	Protokoll	
Kirsten Gragert	Protokoll	Abwesend am 19.02.2026

Abwesend

Mitglieder

Alexandra Petersen	SPD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

Gäste:

Frau Drewes	-	WSI
Herr Petersen	-	Elbschule
Frau Drescher	-	Elbschule
Frau Wilkens	-	Elbschule
Herr Biegisch	-	DRK-Kita-Träger
Frau de Heer	-	DRK-Kita Spatzennest
Frau Wüst	-	Kita Lütt Arche
Frau Bartsch	-	Pestalozzi-Förderzentrum
Frau Feddern	-	Pestalozzi-Förderzentrum
Frau Bergande	-	Waldorf-Kita
Herr Eichberger	-	Die Linke
Herr Ocklast	-	Die Linke
Frau Huchzermeier-Bock		Kirchengemeinde Wedel
Frau Wolpert	-	Erzbistum Hamburg Katholische Kita St. Marien
Frau Käßmeyer	-	Trägervertreterin Ev.-Luth. Kita-Werk Hamburg-SH
Frau Schütt	-	AWO-Kita Rissener Straße
Frau Amende	-	AWO-Kita Hanna Lucas
Frau Junge	-	AWO-Kita Traute Gothe
Frau Bewer	-	AWO-Kita Renate Palm
Frau Wismann	-	AWO-Kita Regionalleitung
Frau Bornholdt	-	AWO Regionalleitung
Frau Swiontkowski	-	AWO Geschäftsführung
Frau Möller-Schäfig	-	AWO Kaufmännische Leitung
Herr Nielsen	-	AWO Controlling
Frau Andreas	-	Förderzentrum Wedel
Frau Gebhardt-Hoffmann		Verein für Jugendhilfe u. soziales Schultraining Wedel
Frau Dr. Bolsinger	-	Volkshochschule Wedel

45 Einwohner*innen

1 Vertreter der örtlichen Presse



Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass Videoaufnahmen in der Sitzung nicht gestattet sind.

Die FDP-Fraktion beantragt die Tagesordnungspunkte 9 und 10 vorzuziehen, da aufgrund des hohen öffentlichen Interesses, der Zeitnot und der wiederholten Ladung der Kita-Träger ein hohes Interesse besteht, diese Punkte an diesem Sitzungstag zu erledigen. Der Vorsitzende schlägt vor, diese hinter den Tagesordnungspunkt 3 einzuordnen.

Über die Tagesordnung wird abgestimmt. Der Änderungsvorschlag wird einstimmig angenommen. Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden vorgezogen und als neue Tagesordnungspunkte 4 und 5 behandelt.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 12 bis 15.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------|--|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Bericht aus den Schulen | |
| 4 | Haushaltssatzung 2026/2027 | |
| 4.1 | Beratung Produktbereich Kindertageseinrichtungen | |
| 5 | Elbschule | |
| 5.1 | Elbschule | BV/2026/010 |
| 6 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2026 | |
| 7 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2025 | |
| 8 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 15.10.2025 | |
| 9 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.09.2025 | |
| 10 | Neubau der Kita Löwenzahn und Containerlösung für die Bauphase | BV/2026/008 |
| 11 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 11.1 | Abschlussbericht "Klimafrösche - Wedeler Kitas aktiv im Klimaschutz" für das Jahr 2025 | MV/2026/001 |
| 11.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 11.3 | Haushaltskonsolidierung | |
| 11.3.1 | aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 | MV/2026/006 |
| 11.4 | Öffentliche Anfragen | |



Nichtöffentlicher Teil

- 12 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
26.11.2025
- 13 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
15.10.2025
- 14 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
10.09.2025
- 15 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 15.1 Bericht der Verwaltung
- 15.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 16 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Vorausgegangene Fragen liegen nicht vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Kaser stellt sich als Erster Vorsitzender der Freien Wähler, Ortsverband Wedel vor und verliest für die Partei fünf ausgesuchte Fragen eines mehr als 40 Leitfragen umfassenden Fragenkataloges. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

Frau Fisauli weist darauf hin, dass nach § 16c der Gemeindeordnung(GO) in einer Einwohnerfragestunde nur Einwohnerinnen und Einwohner als Fragesteller zulässig sind. Parteien sind keine Einwohner im Sinne des § 16c GO. Ein Einwohner, der in einer Partei aktiv ist, dürfe als Privatperson fragen, aber nicht stellvertretend für die Partei.

Herr Kaser entgegnet Frau Fisauli, sie möge sich in den Regelungen der Gemeindeordnung nochmals belesen. Er habe sich erkundigt und eine Partei dürfe durchaus Fragen in der Einwohnerfragestunde stellen.

Frau Fisauli kündigt an, eine grundsätzliche Prüfung hinsichtlich Zulässigkeit der Fragestellung durch die Partei sowie zum Umfang der gestellten Fragen vornehmen zu lassen. Geprüft werden soll auch, ob bei Nichtzulässigkeit als Einwohnerfrage die gebührenpflichtige Beantwortung nach Informationsfreiheitsgesetz (IZG) ermöglicht werden könnte.

Die Stellungnahme der Verwaltung ist den Anlagen beigelegt.

Ein anderer Einwohner stellt sich vor und stellt drei Fragen zum Thema Elbschule in Wedel:

(1) Angenommen die Elbschule findet ein passendes Grundstück, ist die Stadt in der Lage, die notwendigen Prüfungen binnen 5 Monaten zu leisten?

(2) Wenn nicht, warum werden nicht alle Möglichkeiten geprüft?

(3) Wie viele Schüler*innen sind derzeit an der Pestalozzi-Schule untergebracht?

Die erste Frage beantwortet die Bürgermeisterin damit, dass nicht genau gesagt werden kann, ob das geschafft werden kann. Zur zweiten Frage antwortet die Bürgermeisterin, dass verschiedene Grundstücke überprüft wurden und es aktuell fünf Möglichkeiten gibt, zu welchen unter anderem auch die Pestalozzi-Schule gehört. Es gibt verschiedene Meinungen, welches Grundstück am geeignetsten erscheint. Hier befindet man sich derzeit noch in einer Sondierungsphase. Die Elbschule habe gezeigt, dass sie einen großen Zulauf hat und eine ernstzunehmende Entlastung für die städtischen Schulen darstellt. Die Stadt wird alles Mögliche dafür tun, die Elbschule erhalten zu können. Die Bürgermeisterin verweist weiter darauf, dass dieses Thema auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses thematisiert werden wird.

Der Einwohner bedankt sich, verweist jedoch darauf, dass seine Fragen nicht beantwortet wurden. Der Vorsitzende beantwortet diese Nachfrage mit dem Hinweis darauf, dass das Thema Elbschule unter dem Tagesordnungspunkt 5 eingehend behandelt wird und die Einwohnerfragestunde damit beendet sei. Der Einwohner empört sich über das Abschneiden seiner Frage mit dem Hinweis, dass er im weiteren Verlauf der Sitzung keine weiteren Nachfragen stellen kann.

Anlage 1 Antworten der Verwaltung zu Fragen Freie Wähler

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Bericht aus den Schulen

Die Schulleiterin des Pestalozzi-Förderzentrum-Wedel ist anwesend. Sie bietet sich an, für Fragen rund um das Förderzentrum zum Tagesordnungspunkt 5 zur Verfügung zu stehen.

4 Haushaltssatzung 2026/2027

4.1 Beratung Produktbereich Kindertageseinrichtungen

Vertreter*innen von der DRK Kita Flerrentwiete und den AWO-Kitas sind anwesend.

Flerrentwiete

Der Vorsitzende richtet das Wort an die Vertreter*innen der Flerrentwiete und fragt mit Blick auf die letzte Ausschusssitzung nach, ob sich etwas in Bezug auf die Ausführungen bzgl. der Kita Eingangstür geändert hat. Ein Vertreter der Kita verneint dies. Es mussten neue Angebote eingeholt werden. Die Erneuerung der Eingangstür und die Sanierung der Mitarbeiter-WCs sind zwingend erforderlich. Die übrigen Punkte (Erweiterung Turnelemente 1 und 2, Snozzelraum 1 und 2) können gestrichen werden.

Die CDU-Fraktion fragt nach, ob die Eingangstür dann nicht neu eingebracht werden müsste, wenn ein neues Angebot eingeholt werden muss. Anknüpfend wird gefragt, ob es bei den ursprünglich angedachten 35.000 € bleiben wird.

Die Vertreter*innen der Kita Flerrentwiete ergänzen, dass das ursprüngliche Angebot der Handwerker abgelaufen sei und ein neues Angebot eingeholt werden muss. Ob es bei dem neuen Angebot bei den 35.000 € bleibt, kann nicht mit Sicherheit bestätigt werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass es bei dieser Summe bleibt.

Der Kita Vertreter macht darauf aufmerksam, dass man mittlerweile zum dritten Mal den Ausschuss zu diesem Thema besuchen würde und es dadurch zum Ablauf des aktuellen Angebotes gekommen ist. Die CDU-Fraktion drückt ihr Verständnis aus. Es wird noch einmal hinterfragt, was passiert, sollte die Eingangstür doch teurer werden. Der Vertreter der Kita Flerrentwiete wiederholt nochmal, dass das Angebot abgelaufen sei und bei einem unerwarteten Anstieg der Kosten ein erweiterter Antrag gestellt werden müsste.

Der Vorsitzende stellt die Erneuerung der Kita-Eingangstür und die Sanierung Mitarbeitenden-WCs zur Abstimmung. Die restlichen Investitionsanmeldungen sollen gestrichen werden.

Die Investitionsanmeldungen der Kita Flerrentwiete (die Kita-Eingangstür und die Sanierung für die Mitarbeitenden-WCs) werden einstimmig angenommen.

AWO-Kitas

Die Vertretung der AWO-Kitas stellt sich kurz vor. Der Controller der AWO-Kitas berichtet, dass man die Vorlage von der Verwaltung erhalten und überarbeitet habe. Die Investitionsanmeldungen unterteilen sich in Instandhaltungs- und Investitionskosten. Begonnen wird mit den Trägeranträgen für die Instandhaltungsmaßnahmen.

AWO Kita Renate Palm

Die Vertretung der Kita gibt an, dass die Malerarbeiten in das Jahr 2028 verschoben werden.

AWO Kita Hanna Lucas

Die Vertretung der Kita betont die hohe Priorität der drei genannten Posten, aufgrund von Sicherheits- und Hygienestandards.

Die Summe für die Dachsanierung ist eine Schätzung, da es noch eines Gutachtens inklusive Kosteneinschätzung bedarf. Der Vorsitzende fragt nach, ob dieser Posten auf das Jahr 2027 geschoben werden soll. Dies verneint die Kita Vertretung. Man könne nur noch keine exak-

te Angabe zu den schlussendlichen Kosten abgeben.

AWO Kita Traute Gothe

Die Vertretung der Kita gibt an, dass die Trägeranmeldungen für die Malerarbeiten in der Turnhalle in das Jahr 2028 und die Wasserspülung in das Jahr 2027 verschoben werden können. Die restlichen Instandhaltungsmaßnahmen werden aufgrund von Hygiene, Sicherheit oder auch gesetzlichen Verpflichtungen hoch priorisiert.

AWO Kita Rissener Straße

Der Vertreter der Kita hat keine Instandhaltungsanmeldungen.

Die SPD-Fraktion bedankt sich nach der Erläuterung der Kita Vertretung für die ausführliche Übersicht der letzten 5 Jahre. Anschließend wird die Frage gestellt, ob die Anmeldungen, die in das Jahr 2027 geschoben werden, vom Doppelhaushalt abgedeckt werden. Die Bürgermeisterin bestätigt, dass die verschobenen Posten auch im Doppelhaushalt nur verschoben werden. Für das Jahr 2027 steht ein Budget von pauschal 600.000€ zur Verfügung. Der Vorsitzende stellt alle Instandhaltungsanmeldungen der AWO Kita Hanna Lucas und die Instandhaltungsanmeldungen der AWO Kita Traute Gothe (außer den Malerarbeiten und die Wasserspülung) zur Abstimmung. Die Positionen werden mit 10 Ja Stimmen und 1 Enthaltung (FDP) angenommen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP Fraktion	0	0	1

Nachfolgend werden die Investitionskosten vorgestellt.

AWO Kita Renate Palm

Der Kita Vertreter führt aus, dass der Posten Garderoben im Elementarbereich wichtig ist, jedoch zuerst noch ein Mängelbericht verfasst werden soll. Dazu wird es noch eine Begehung geben. Im Anschluss daran wird eine neue Vorlage eingereicht. Die vorliegende Investitionsanmeldung wird folglich auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch die Matschanlage soll verschoben werden, hier ins Jahr 2028.

Die Investitionen für die Fenster und Türen der Krippe sind erforderlich, da diese kaputt sind.

Das Spielhaus steht zum Abriss. Für den Neubau stehen bereits Elternspenden zur Verfügung. Die verbleibenden Kosten sollen vom Haushalt gedeckt werden.

Auch die Zugangskontrolle wird von den Kita Vertretern hoch priorisiert. Der Kreis Pinneberg knüpft die Betriebserlaubnis an das Bestehen dieser Zugangskontrolle, wodurch die Kita gezwungen ist dieses Jahr zu handeln.

AWO Kita Hanna Lucas

Das Erfordernis der Zugangskontrolle ist hier identisch mit der oben geführten Argumentation. Weiter bittet die Kita-Vertretung um die Bewilligung der Sandkastenabdeckung. Die Stadt Wedel hatte bereits die halbe Abdeckung übernommen. Es kann jedoch nur eine ganze gekauft werden, weshalb hier um die komplette Übernahme gebeten wird.



Die Anmeldungen der Trittschalldämmung und der Schalldämmung der Wäscheräume wird von den Kita Vertretern auf das Jahr 2027 verschoben.
Die Ausstattung/Lüftung Matschraum und die Küchenzeile Labor werden von den Kita Vertretern auf das Jahr 2028 verschoben.
Die Investitionen für den Wäschetrockner und Gefrierschrank werden vorerst gestrichen, da diese aktuell noch intakt sind. Die Kita Vertreter wollen einen Sonderantrag einreichen, sollte es hier zu einem Defekt kommen.

AWO Kita Traute Gothe

Das Erfordernis der Zugangskontrolle ist hier identisch mit der oben geführten Argumentation.
Die Kita Vertreter erklären, dass die Tür zum Außenbereich erneuert werden muss. Die bestehende Tür ist defekt und für die Kinder zu schwer, um diese alleine zu öffnen. Weiter kam es bereits zu Unfällen, bei denen sich Kinder die Finger gequetscht haben.
Auch der Einbau einer Fußbodenheizung in der Turnhalle dient der Verletzungsprävention. Aktuell wird hier mit Rippenheizkörpern geheizt, welche eine Gefahren- und Hitzequelle darstellen.
Die Investitionen für den Wäschetrockner werden vorerst gestrichen, da dieser aktuell noch intakt ist.

AWO Kita Rissener Straße

Das Balken Schiebesystem wird von den Kita Vertretern hoch priorisiert. Zusammen mit der SI Schaukel dient es als motorisches Hilfsmittel für die Kinder.
Der Hochschrank für die Krippe wird von den Kita Vertretern auf das Jahr 2028 verschoben. Es gäbe bis dahin andere Möglichkeiten den Datenschutz, für die zu lagernden Unterlagen, zu wahren.
Alle anderen Positionen werden von den Kita Vertretern gestrichen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen der Kita Vertretung.
Die Gruppe der Linken fragt bei der Kita-Vertretung nach, ob die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) eingehalten wird, obwohl relevante Positionen gestrichen werden. Die Kita-Vertretung antwortet, dass die gestrichenen Positionen bereits umgesetzt sind oder dies noch zeitnah geschehen wird.
Es wird über die verbleibenden Investitionsanfragen abgestimmt.
Der Antrag wird mit 10 Ja Stimmen und 1 Enthaltung (FDP) angenommen.

Abstimmungsergebnis:

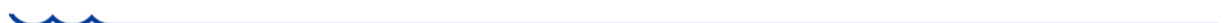
10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP Fraktion	0	0	1

Die Vertretungen der AWO-Kitas verlassen den Saal.

Eine Vertreterin der Waldorf-Kita stellt eine Nachfrage zum Doppelhaushalt. Sie sagt, dass aufgrund des Doppelhaushalts Investitionen verschoben wurden und fragt, wie die Investitionen der anderen Träger in 2027 berücksichtigt werden. Zudem weist sie darauf hin, dass die Auflage für die Eingangstür der Kitas erst im Januar dieses Jahres kam und die Umset-



zung erst 2026/27 erfolgen kann. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 antwortet, dass für das Jahr 2027 pauschal 600.000 € zur Verfügung stehen. Sollte diese Summe nicht ausreichen, müsste man gegebenenfalls den Weg eines Nachtragshaushalts einschlagen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen weist darauf hin, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport noch über die Investitionen der Kita Wasserstrolche abstimmen muss. Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis und erkundigt sich, ob es noch Fragen diesbezüglich gibt.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 merkt an, dass noch eine Antwort aus der letzten Ausschusssitzung offen ist. In der letzten Ausschusssitzung wurde die Frage nach der Art des Mietvertrages zwischen der Stadt und der Kita Wasserstrolche gestellt. Die Stadt ist mit der Kita Wasserstrolche in einem Mietverhältnis. Investitionen sind grundsätzlich im Mietvertrag enthalten, es können jedoch Sonderanträge gestellt werden. Ausführliche Begründungen für die Sonderinvestitionen liegen der Verwaltung jedoch nicht vor.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass es um eine Investition von 104.000 € geht. Es ist nichts genaues über die Gründe der Anträge bekannt.

Eine Vertreterin des Erzbistums Hamburgs gibt an, dass für sie keine Einladung zur heutigen Sitzung ausgesprochen wurde und daher sie auch nicht wussten, dass sie kommen sollte. Sie stellt die Vermutung auf, dass es der Kita Wasserstrolche genauso gegangen sein könnte.

Die CDU-Fraktion nimmt die Anmerkung auf und fragt die Verwaltung, ob eine Einladung an die Kita Wasserstrolche zur heutigen Sitzung ausgesprochen wurde. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 verneint dies. Die Kita-Träger wurden beim Trägertreffen am 19.11.2025 jedoch darüber informiert, dass in den kommenden Ausschusssitzungen über ihre Anträge abgestimmt wird und um entsprechende Teilnahme gebeten.

Die CDU-Fraktion stellt die Nachfrage, ob die Fröbel-Kitas wussten, dass ein Statement von ihnen gebraucht wird und ob überhaupt eine Reaktion kam. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 verneint auch dies.

Die WSI-Fraktion fragt die Verwaltung, ob bei der Kita von Seiten der Verwaltung aktiv nachgefragt wurde. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 verneint dies ebenfalls.

Aufgrund der fehlenden Statements stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag auf Verschiebung in den Rat mit Einladung an den Kita Träger.

Die Bürgermeisterin fragt nach, ob der Antrag in den Rat oder in den Haupt- und Finanzausschuss verschoben werden soll. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der CDU sprechen sich für den Haupt- und Finanzausschuss aus, merken jedoch an, dass der Haupt- und Finanzausschuss bereits in fünf Tagen tagt und dieser Zeitraum sehr kurzfristig ist. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, sollte der Kita Träger es in dieser kurzen Zeit nicht schaffen, den Antrag doch in den Rat zu verschieben.

Beschluss: Überweisung der Investitionsanmeldung der Kita Wasserstrolche in den Haupt- und Finanzausschuss bzw. in den Rat, sollten die Kita Träger es in der Kürze der Zeit nicht in den Haupt- und Finanzausschuss schaffen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP Fraktion	1	0	0



Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung darum, die Ausschussmitglieder darüber zu informieren, ob der Kita Träger in den Haupt- und Finanzausschuss kommt, um die Möglichkeit zu haben, Nachfragen zu stellen. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 sagt zu, dass der Ausschuss über Reaktionen seitens der Träger informiert wird.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die restlichen Trägeranträge im Investitionsbereich gemeinsam abgestimmt werden können.

Die WSI-Fraktion begrüßt den Vorschlag des Vorsitzenden, schlägt jedoch vor, dass sich die Kita Träger, sollten diese Einwände haben, sich kurz zu Wort melden können.

Die CDU-Fraktion stellt hierzu eine Nachfrage an die Verwaltung, wie diese zu der neuen Finanzierungsvereinbarung gekommen ist.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass es eine gemeinsame Runde mit allen Kita-Trägern und der Verwaltung geben wird, in welcher der neue Vertrag diskutiert werden soll. Die erarbeitete Finanzierungsvereinbarung wird dann dem Ausschuss vorgelegt werden.

Die CDU-Fraktion hinterfragt, wie man sich in dieser Runde einigen soll, wenn die Zahlen von den einzelnen Kitas so unterschiedlich sind. Dies, so die Bürgermeisterin, wird man in den Besprechungen sehen.

Die Vertreterin des Erzbistums Hamburg möchte die Empfehlungen der Verwaltung nicht annehmen. Sie kann nicht nachvollziehen, wieso unverzichtbare Investitionen nicht gebilligt werden sollen. Hierfür werden verschiedene Beispiele genannt und erläutert. Aus Sicht der Kita können die Bewertungen der Verwaltung nicht nachvollzogen werden, schließlich überlegen sich die Träger ganz genau, wofür sie einen Investitionsantrag stellen. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 erklärt, dass einige Anmeldungen der katholischen Kitas zurückgewiesen wurden, da von diesen unverhältnismäßig viele Anträge gestellt wurden und es dadurch zu einem Finanzierungsungleichgewicht zwischen den Kitas kommen würde. Diese lenkt jedoch auch ein und bestätigt, dass unter den gegebenen Argumenten die entsprechenden Investitionen durchaus notwendig erscheinen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt die Verwaltung, auf welcher Grundlage diese ihre Empfehlungen getroffen hat. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 nennt die reine Verwaltungssicht als Entscheidungsgrundlage.

Die SPD-Fraktion fragt bei der Vertreterin des Erzbistums Hamburg nach, ob die Verwaltung weitere Punkte abgelehnt hat, die aus Sicht des Trägers gebraucht werden. Die Vertreterin des Erzbistums Hamburg nennt die Sanierung der Gruppenräume, Wartung einzelner Elemente der Neubauten, Sanierung der Decken und Lampen in den Gruppenräumen, für die sie eine Freigabe brauchen. Weiter ergänzt sie, dass zu jeder Investitionsanfrage eine Stellungnahme abgegeben wurde.

Der Träger der DRK Kitas stimmt seiner Vorrednerin zu und widerspricht ebenfalls den Empfehlungen der Verwaltung.

Die Gruppe Die Linke erinnert an die Ratssitzung im Dezember 2025, in welcher ebenfalls aufgefallen ist, dass Investitionen zu häufig geschoben werden und dadurch langfristig erhöhte Kosten entstehen. Die Gruppe Die Linke sieht einen großen Verbesserungsbedarf in der Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Kita Trägern.

In Anbetracht der neuen Informationsfülle, fühlt sich die CDU-Fraktion nicht in der Lage eine Entscheidung zu treffen. Die CDU-Fraktion möchte die Entscheidung vertagen. Sie bittet darum, die Stellungnahmen der Kitas der Politik zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass es sinnvoll ist, die fraglichen Punkte aufgrund der anstehenden Haushaltsentscheidung jetzt noch einmal zu diskutieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist davon ausgegangen, dass die Verwaltung sich nicht vorab mit den Kita Trägern ausgetauscht habe. Sie fühlen sich ebenfalls nicht in der Lage eine Entscheidung zu treffen. Es wurde bereits in der letzten Ausschusssitzung um bessere Aufarbeitung gebeten.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 gibt zu bedenken, dass aufgrund der Kürze der Zeit keine Rücksprache mit den Kita Trägern möglich gewesen sei.

Die Vertreterin des Erzbistums Hamburg äußert ihr Unverständnis darüber, dass die getrof-



fenen Stellungnahmen der Kita Träger von der Verwaltung nicht an die Politik weitergegeben werden.

Die Vertretungen des Kita Werk Hamburgs äußern ihr Verständnis für die personellen Engpässe seitens der Verwaltung. Sie stellen jedoch auch klar, dass die Kitas und ihre Träger durch das Verschieben und Ausbleiben der Entscheidungen stark belastet werden.

Die Bürgermeisterin äußert ihr Verständnis für die Lage der Kitas. Sie sichert zu, dass die Verwaltung die Liste überarbeiten und diese Überarbeitung priorisieren wird. Daran anknüpfend stellt sie der Verwaltung die Frage, ob es möglich ist, die Überarbeitung bis zur Ausweichtsitzung nächste Woche umzusetzen.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 wird versuchen, eine überarbeitete Version bis zum Ersatztermin am 19.02.2026 vorzulegen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt zu bedenken, dass eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes bedeuten würde, dass dieser in die Sitzung im März verschoben werden würden.

Die CDU-Fraktion bittet darum, über die Finanzierungsvereinbarung informiert zu werden. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass die Finanzierungsvereinbarung bereits vorgelegt und für die Verhandlungen beschlossen wurde. Diese ist die Grundlage, mit welcher man jetzt in die Gespräche mit den Trägern gehen wird.

Pause: 20:27 Uhr bis 20:32 Uhr

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung.

Die Vertagung des Tagesordnungspunktes wird einstimmig angenommen.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 erklärt, dass sie die vorliegenden Begründungen der Träger erneut prüfen und Rücksprache mit den Trägern halten wird, um eine Entscheidung abzuwägen. Im Anschluss werden die Empfehlungen überarbeitet und an die Ausschussmitglieder weitergegeben.

Der Vertreter der DRK Kitas weist darauf hin, dass diese vertraglich ein Anrecht auf die einseitig abgesagten Kita-Kuratorien haben und es durchaus sinnvoll wäre, diese wieder einzuführen, um einen Raum für verbesserte Kommunikation zwischen Träger und Verwaltung zu gewährleisten.

Die WSI-Fraktion greift den Punkt auf und fragt, ob die Wiedereinrichtung eines Kita-Kuratoriums möglich wäre.

Die Bürgermeisterin erinnert daran, weshalb das Kita-Kuratorium abgeschafft wurde. Schließlich wurde sich über den Mangel an Transparenz beklagt. Außerdem biete die personelle Situation in der Verwaltung kaum eine Möglichkeit, diese weiterzuführen.

Die CDU-Fraktion sieht die Wiedereinführung des Kita-Kuratoriums kritisch und möchte diese Frage im Ältestenrat besprechen.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen anwesenden Kita Trägern.

Anlage 1 zu TOP 9.1 - Investitionsanmeldungen der Kitas für den BKS am 11.02.2026

5 Elbschule

Anlage 1 zu TOP 10 - Antrag_Elbschule_CDU_WSI

5.1 Elbschule

BV/2026/010

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter der Elbschule und bittet diese die vorbereitete Präsentation zu starten. Dafür spricht er ein Zeitlimit von 15 Minuten aus.
Die Präsentation der Elbschule ist dem Protokoll angefügt.

Im Anschluss an die Präsentation verließt der Vorsitzende die Beschlussvorlage:
Der Rat der Stadt Wedel begrüßt die positive Entwicklung der Elbschule Wedel und unterstützt den langfristigen Verbleib in Wedel.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Beschlussvorlage und bringt einen gemeinsamen Antrag der CDU- und WSI-Fraktion ein. Die Anfrage wird von der CDU-Fraktion verlesen.
Bei dem Antrag handelt es sich um eine Aufforderung an die Verwaltung, in Sachen Elbschule tätig zu werden. Im Zusammenhang mit den Anfragen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP wird seitens der CDU-Fraktion Verwunderung geäußert. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die angesprochenen Fragestellungen nach Auffassung der CDU-Fraktion in den Aufgabenbereich der Verwaltung fallen. Darüber hinaus wird angemerkt, dass die Beratungsprozesse im Ausschuss als zeitintensiv wahrgenommen wird. In diesem Fall habe man aber keine Zeit, lange über das Anliegen zu diskutieren. Aus Sicht der CDU-Fraktion wäre die Pestalozzi-Schule die einfachste Lösung. Jetzt stellt sich die Frage, ob die Stadt und die weiteren Beteiligten einen triftigen Grund sehen, weshalb man der Elbschule das Gelände der Pestalozzi-Schule nicht überlassen sollte. Der vorliegende Antrag soll einen Auftrag an die Verwaltung darstellen, mit der Elbschule in Verhandlungen einzutreten.

Die SPD-Fraktion begrüßt die grundlegende Idee, die hinter dem Antrag steht. Die Elbschule sei auch aus ihrer Sicht unterstützenswert. Es wird jedoch ein Problem darin gesehen, dass der Antrag eine klare Richtung einschlägt, welche mögliche Alternativen neben der Pestalozzi-Schule ausschließt. Der SPD-Fraktion fehlen für eine Entscheidung noch weitere Informationen, welche sie hoffen, im Haupt- und Finanzausschuss zu bekommen. Sie bitten um Vertagung des Tagesordnungspunktes. Die Bürgermeisterin verweist darauf, dass die Informationen für den Haupt- und Finanzausschuss mittlerweile hochgeladen wurden und einsehbar sind (nicht öffentlich).

Die Gruppe Die Linke stimmt der SPD-Fraktion zu. Ein voreiliger Beschluss des CDU- und WSI-Antrags würde falsche Hoffnungen und Angst schüren. Außerdem sei eine Demokratie auch dafür zuständig, ihre Minderheiten zu schützen. Die 12 Kinder, die aktuell an der Pestalozzi-Schule betreut werden, stellen eine solche schützenswerte Minderheit dar.

Die WSI-Fraktion freut sich sehr über den gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion. Sie spricht sich dafür aus, der Elbschule zu helfen. Sie sieht in Wedel verschiedene Möglichkeiten, das in der Pestalozzi-Schule ansässige Förderzentrum woanders unterzubringen. Die WSI-Fraktion ist gegen die Verschiebung des Tagesordnungspunktes.

Die FDP-Fraktion verbittet sich die Unterstellung, dass sie mit ihrer Anfrage „über das Ziel hinausschießen würden“. Von der CDU- und WSI-Fraktion liegt ein zu enger Antrag vor, welchen es gilt zu hinterfragen. Zum Thema Zeitdruck kommentiert die FDP-Fraktion, dass die Politik nichts von in der Vergangenheit gescheiterten Grundstücksverhandlungen wusste. Und auch wenn Zeitdruck herrscht, muss ausführlich darüber gesprochen werden.

Die SPD-Fraktion bittet darum die anwesende Leitung des Förderzentrums anzuhören. Die Leiterin des Förderzentrums äußert ihr Befremden darüber, dass sie erst im Anschluss an den vorliegenden Antrag gefragt wird, was das Förderzentrum eigentlich ist. Seit dem Jahr 2017 findet in der Pestalozzi-Schule keine interne Beschulung mehr statt. Seit sichern 25 Sonderpädagog*innen die Versorgung. In dem Gebäude befindet sich außerdem das kooperative Schultraining statt, welches durch eine Kooperation vom Jugendamt der Moorwegschule und der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule zustande kommt. Hier werden 12

Kinder, die im normalen Schulalltag nicht zu beschulen sind, teilweise in einer 1:1 Betreuung betreut. Aufgrund der Kooperation mit der Moorwegschule und der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule ist ein Standort notwendig, der von beiden Schulen gut zu erreichen ist. Dies bietet die Pestalozzi-Schule. Ein potentieller neuer Standort müsste dieses Kriterium ebenfalls erfüllen. Einen Umzug in ein neues Gebäude, welches diese Bedingungen erfüllt, stellt sich die Leiterin des Förderzentrums in dem kurzen Zeitraum von nur vier Monaten sehr schwierig vor. Schließlich müsste nach den Plänen der Elbschule die Pestalozzi-Schule ab Sommer abgerissen werden, um den von ihr angedachten Zeitplan einhalten zu können.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen versichert, dass sie nicht die Absicht hätten, die 140 Schüler*innen der Elbschule auf die Straße zu setzen. Die Fraktion hat ebenfalls ein Interesse daran die Elbschule zu erhalten. Weiter äußert die Fraktion ihre Verwirrung darüber, dass die CDU-Fraktion einen Antrag stellt und erst dann nachfragt, was sich auf dem Grundstück der Pestalozzi-Schule eigentlich befindet.

Die CDU-Fraktion stimmt zu, dass es sich um einen konkreten Auftrag an die Verwaltung handelt. Ansonsten widerspricht sie der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, da die CDU-Fraktion sich vorab über die Pestalozzi-Schule und das Förderzentrum informiert habe.

Die Schulleiterin des Förderzentrums betont, dass es nicht darum gehen kann zu wissen, was für ein Gebäude auf dem Grundstück der Pestalozzi-Schule steht, sondern dass die Politik sich darüber bewusst sein muss, was in dem Gebäude alles stattfindet. Weiter ist sie dafür offen, mit der Stadt zu sprechen und Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen.

Die WSI-Fraktion versichert, sich vorab mit dem Inhalt des Förderzentrums auseinandergesetzt zu haben. Die Leiterin des Förderzentrums erwidert, dass dies nicht aus dem gestellten Antrag heraus ersichtlich sei.

Die FDP-Fraktion äußert, dass sie sich bei einem solchen Antrag hätte anhören müssen, dass dieser handwerklich schlecht gemacht sei. Weiter kritisiert diese erneut, dass der Antrag von den Fraktionen CDU und WSI zu eng gefasst sei.

Weiter merkt die FDP-Fraktion an, dass aus dem vorherigen Protokoll hervorgeht, dass die Verwaltung einen Raumnutzungsplan erstellt, in welchem auch die Pestalozzi-Schule eine Rolle spielt. Die FDP-Fraktion wolle die Räumlichkeiten der Pestalozzi-Schule nicht ohne Prüfung aus der Hand geben. Das Bekenntnis zur Elbschule sei mittlerweile schon drei Jahre alt. Für ein Privatunternehmen ein Grundstück zu suchen, sei jedoch keine politische Aufgabe.

Die Gruppe Die Linke wirft ein, dass es einen jährlichen Zuschuss vom Land für die Schulkinder gibt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt, dass die Elbschule jährliche Kosten von 115.448 € verursachen würde.

Die WSI-Fraktion gibt zu bedenken, dass die Schüler*innen der städtischen Schulen ebenfalls Kosten verursachen, welche sogar noch höher sind, als die der Elbschulkinder. Weiter gibt sie zu bedenken, dass der bestehende Zeitdruck aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen entstanden ist. Schließlich könne niemand in die Zukunft sehen. Die WSI-Fraktion verweist weiterhin darauf, dass es offensichtlich bereits Kontakt zwischen der Verwaltung und der Elbschule gab. Es wird dazu aufgefordert, diesem nur zuzustimmen, wenn sich die Politik dazu verpflichtet, eine reelle Lösung für die Elbschule zu erwirken. Geht man jetzt bereits davon aus, dass dies aufgrund der Kürze der Zeit nicht machbar ist, sollte man die Beschlussvorlage direkt ablehnen. Dieses Vorgehen sei gegenüber der Elbschule nur fair. Die WSI-Fraktion verweist erneut darauf, dass ein großer Zeitdruck für die Umsetzung besteht und dass man aufgrund des Planungsrechts stark in der Auswahl der potentiellen Grundstücke eingeschränkt ist. Die Pestalozzi-Schule ist in diesem Kontext schon länger im Fokus, da hier mit den geringsten rechtlichen Hürden zu rechnen ist. Man sei gespannt auf die Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss, da die Diskussion eigentlich dort angesiedelt sein müsste.



Auch die CDU-Fraktion verweist erneut auf den bestehenden Zeitdruck. Weiter verteidigt sie ihren Antrag und äußert, dass es sich bewusst um keinen offenen Antrag handelt, da so ein klares politisches Signal gesetzt wird. Außerdem wird dafür geworben, die Beschlussvorlage so anzunehmen, da sich offensichtlich alle Fraktionen zur Elbschule bekennen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass die geführte Diskussion verschiedene Punkte durcheinanderwirft. So sind Fragen, die den Haushalt betreffen erstmal nicht vorrangig. Außerdem ist es nicht die Aufgabe des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport das Zusammenwirken zwischen der Elbschule und der Verwaltung zu regeln. Die eigene Anfrage nennt hier mögliche Bedenken, an welchen die Übergabe der Pestalozzi-Schule an die Elbschule scheitern könnte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont ausdrücklich, dass sie die Entscheidung für die Elbschule nicht behindern wollen. Jedoch müssen vor einer Entscheidung die vorliegenden Fragen geklärt werden.

Die SPD-Fraktion empfindet die laufende Diskussion als äußerst anstrengend und erinnert an den Verhaltenskodex, also an die Aufforderung zu einer respektvollen Kommunikation, an den sich bitte alle halten mögen. Die Fraktion spricht sich dafür aus, dass der Antrag von den Fraktionen CDU und WSI vertagt und die Beschlussvorlage angenommen wird.

Die Bürgermeisterin verweist ebenfalls noch einmal darauf, dass die eigentliche Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss geführt werden muss. Sie wiederholt, dass aktuell fünf theoretische Optionen im Raum stehen und die Pestalozzi-Schule als die zeitlich realistischste angesehen wird. Auch sie verstehe den Druck sehr gut und hebt positiv hervor, dass sich alle Fraktionen einig sind, dass die Elbschule in Wedel erhalten bleiben soll. Weiter nimmt die Bürgermeisterin diese Diskussion als Beispiel für viele andere Diskussionen, die bereits in diesem Ausschuss geführt worden sind. Man verliere sich zu häufig im Detail, anstelle einen gemeinsamen Willen zu formulieren und der Verwaltung daraus einen klaren Auftrag mitzugeben. Würde der Ausschuss eine Entscheidung treffen, wäre dies ein erster Fix-Punkt, an welchem mit der Arbeit begonnen werden könnte. Die Bürgermeisterin ruft dazu auf, mutig zu sein und eine Entscheidung zu treffen.

Die Gruppe Die Linke merkt an, dass ihre vorangegangene Frage zu den Kosten noch nicht beantwortet wurde. Sie wiederholt ihre Frage nach dem Zustandekommen der Gelder und inwieweit der Haushalt belastet werden würde. Dies beantwortet Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 kurz damit, dass es durch die Vergaben des Landes finanziert werden würde. Die Schulleiterin der Elbschule erinnert daran, dass die Schülerkosten für die Elbschulkinder für die Stadt wesentlich geringer seien, als bei den Schüler*innen der städtischen Schulen.

Die CDU-Fraktion versichert, mit Bezug auf die Anmerkung der SPD-Fraktion, dass die getroffene Kritik keine persönliche Anfeindung sein sollte. Weiter haben sie bereits damit gerechnet, dass der eingebrachte Antrag zurückgewiesen werden würde. Außerdem greift die CDU-Fraktion auch die Worte der Bürgermeisterin auf und verweist auf die in der Regel langlebigen Entscheidungsfindungen im Ausschuss. Es wird appelliert, dass man sich diese Zeit in diesem konkreten Fall nicht leisten kann und eine schnelle Entscheidung getroffen werden muss. Auch der Vertreter der Elbschule betont erneut auf den bestehenden Zeitdruck, da auch noch ein Bauantrag für das entsprechende Grundstück gestellt werden muss.

Der Vorsitzende ergreift das Wort und merkt an, dass mittlerweile jeder im Raum verstanden hat, dass ein hoher Zeitdruck herrscht. Dieser entgegnet jedoch auch, dass der Zeitdruck auch teils von der Elbschule selbstverschuldet sei.

Die Fraktion Bündnis 90/Die erkundigt sich, ob für den Beginn weiterer Prüfungen von Sei-



ten der Verwaltung überhaupt ein Antrag erforderlich ist. Dies wird von der Bürgermeisterin bejaht.

Der Vorsitzende fragt an, ob man über den Antrag von der CDU- und der WSI-Fraktion abstimmen möchte.

Dies wird von der CDU-Fraktion selbst abgelehnt, da ihr Antrag in diesem Ausschuss nur als Signal zu betrachten ist. Der Antrag soll im Haupt- und Finanzausschuss abgestimmt werden.

Die SPD-Fraktion plädiert ebenfalls für eine Verschiebung des CDU-Antrags. Sie möchte über die Beschlussvorlage abstimmen und sie hofft, dass die Verwaltung trotz fehlendem Antrag mit der Arbeit anfängt.

Die Bürgermeisterin informiert, dass für den Haupt- und Finanzausschuss weitere Informationen zur Verfügung stehen und dass die Verwaltung ohne einen klar definierten Auftrag keine Prüfungen vornehmen kann.

Die CDU-Fraktion bestärkt noch einmal, dass ihr Antrag in diesem Ausschuss nur zur Kenntnis genommen werden sollte und im Haupt- und Finanzausschuss zur Abstimmung gestellt werden wird.

Die WSI-Fraktion bekräftigt die Aussage der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel begrüßt die positive Entwicklung der Elbschule Wedel und unterstützt den langfristigen Verbleib in Wedel.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP Fraktion	1	0	0

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei der gesamten Vertretung der Elbschule.

Anlage 1 TOP 5.1 Präsentation der Elbschule

6 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2026

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen und gilt somit als genehmigt.

7 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2025

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird mit der folgenden Änderung beschlossen:

Frau Hellmann-Kistler, FDP-Fraktion, wurde im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport am



26.11.2025 falsch widergegeben. Die entsprechende Änderung lautet wie folgt:

Die FDP-Fraktion merkt an, dass die genannten Fördermittel aus dem Förderprogramm Impuls 2030 bis zum 31.12.2025 beantragt und die Bauvorhaben bis 31.12.2027 zur Fertigstellung kommen müssen. Beides sei realistisch nicht mehr erreichbar.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	1
CDU-Fraktion	3	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Anlage 1 TOP 7 Protokolländerung FDP

- 8

Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 15.10.2025

Das Protokoll liegt noch nicht vor.
- 9

Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.09.2025

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen und gilt somit als genehmigt.
- 10

Neubau der Kita Löwenzahn und Containerlösung für die Bauphase

BV/2026/008

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, über den Sachverhalt zu berichten.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 erklärt, dass die Planung läuft und es bereits erste Vorgespräche mit der Kirche und dem Kita Werk gegeben hat. Als nächstes bedarf es einer Beschlussvorlage, um weitere Schritte einleiten zu können.

Die FDP-Fraktion fragt nach, wofür die eingeplanten Kosten von 610.000 € verwendet werden und ob dies alle Kosten abdecken wird, da der Bau im Jahr 2027 sicherlich noch nicht fertig sein wird.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 weist darauf hin, dass dies die Angaben sind, die das Bauwerk gemacht hat. Die Kosten seien jedoch nur für die Container.

Diese Antwort trifft auf Unglauben bei der FDP-Fraktion.

Eine Vertreterin des Kita Werks ergänzt, dass diese Summe mit dem Baustart verknüpft ist. Sollte es nicht geschafft werden mit dem Bau im Jahr 2026 zu beginnen, kann es zu einer Kostensteigerung kommen. Bisher haben die Bauwerke aber nahezu immer ihre eigenen zeitlichen Vorgaben einhalten können.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat verschiedene Bürgeranfragen erhalten, in denen sie gefragt wurden, warum die Kita Löwenzahn nicht übergangsweise in das Gebäude der Pestalozzi-Schule ziehen würde. Die Fraktion fragt, wie sie sich am besten dazu verhalten sollen, gerade in Hinblick auf die vorangegangene Diskussion. Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 antwortet, dass die Bedingungen für eine Kita an der Pestalozzi-Schule nicht erfüllt sind.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte weiter, warum die Kosten für die Container so viel höher sind, als an der Moorwegschule. Weiter wurde gefragt, ob verschiedene Kostenanschläge eingeholt wurden.



Die CDU-Fraktion wiederholte außerdem die Frage, was mit den Kosten passieren würde, wenn die Baumaßnahmen in 2027 nicht fertig werden würden.

Die Kita Vertretung erwiderte, dass dann ein Nachtrag eingebracht werden müsste. Die Bestätigung von Seiten der Politik ist dann aber erforderlich, da man einen Bau schlecht mittendrin unterbrechen könne. Außerdem liegt seit 2023 eine Machbarkeitsstudie vor und es wurden alle erforderlichen Fristen von den Kita-Trägern eingehalten. Die zugrundeliegende Formaldehyd-Belastung kann nicht ignoriert werden und erfordert ein schnelles Handeln.

Die CDU-Fraktion empfindet die angesetzte Kostenhöhe von 610.000 € für seriös. Sie erkennt auch an, dass man nicht weiß, welche unvorhersehbaren Kostensteigerungen passieren können.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt in der Zeit des Neubaus der Kindertageseinrichtung „Löwenzahn“ den Betrieb ersatzweise in einer Containeranlage auf dem Grundstück Voßhagen 93 in Wedel fortzuführen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 610.000,-- € werden bereitgestellt.

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP Fraktion	1	0	0

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (22:01 Uhr) werden die verbleibenden Tagesordnungspunkte auf den Ersatztermin am 19.02.2026 verschoben.

11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Abschlussbericht "Klimafrösche - Wedeler Kitas aktiv im Klimaschutz" für das Jahr 2025

MV/2026/001

Der Vorsitzende greift die Bewilligung der 11.000 € für die Klimafrösche auf und fragt, wie intensiv das Projekt überhaupt genutzt wird.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 erinnert daran, dass diese Diskussion bereits im vergangenen Jahr geführt wurde. Es wird verdeutlicht, dass nur bestimmte Träger aufgrund ihrer personellen Kapazitäten überhaupt in der Lage seien, ein solches Angebot zu nutzen.

Der Vorsitzende spricht daraufhin sein Erstaunen über die Fördersumme aus.

Die FDP-Fraktion wiederholt, anknüpfend an die Äußerung der Verwaltung, dass diese Debatte bereits geführt wurde. Aktuell sei es der politische Wille das Projekt "Klimafrösche" weiter zu führen. Die FDP-Fraktion erinnert daran, dass sie sich bei der letzten Debatte bereits gegen eine Fortführung ausgesprochen habe.

Der Vorsitzende beendet die Aussprache mit der Anregung, dass man sich für das nächste

Jahr noch einmal mit der Finanzierung dieses Projektes auseinandersetzen sollte.
Der Abschlussbericht wird zur Kenntnis genommen.

11.2 Bericht der Verwaltung

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 berichtet, dass alle Kita-Träger um neue Stellungnahmen zu den angemeldeten Investitionen für 2026 gebeten wurden. Weiter sichert der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 zu, eine Überarbeitung ihrer Beschlussempfehlungen bis zur nächsten Ausschusssitzung im März vorlegen zu können.

Die WSI-Fraktion äußert ihre Irritation darüber, dass die Kita-Träger erneut um eine Stellungnahme gebeten wurden. Schließlich würden der Verwaltung doch bereits Stellungnahmen zu den Investitionsanfragen vorliegen.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 bestätigt, dass sie bereits Stellungnahmen zu den Investitionsanfragen eingeholt haben. Auf Anregung der Bürgermeisterin und der ersten Stadträtin wurden die Kita-Träger jedoch bereits im letzten Jahr in einem gemeinsamen Termin dazu angehalten, ihre bisherigen Investitionsanfragen erneut kritisch zu überarbeiten.

Anlage 1 zu TOP 11. 2 - Information der Akademie Kindertagespflege

11.3 Haushaltskonsolidierung

Es gibt nicht neues zu Berichten.

11.3.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/006

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

11.4 Öffentliche Anfragen

Die SPD-Fraktion verweist auf die Ausschusssitzung aus dem Januar 2026 und erkundigt sich über den aktuellen Stand des Treppenlifts für das Stadtmuseums. Außerdem fragt sie nach, ob die örtliche Musikschule als förderungsfähig im Sinne des Musikschulfördergesetzes sei. Sollte dies der Fall sein, stellt sich für die SPD-Fraktion die Frage, ob oder inwieweit diese Förderungsmöglichkeit im Haushalt berücksichtigt wurde.

Der Fachbereichsleiter des Fachbereichs 1 erklärt, dass das Anliegen des Treppenlifts an das Gebäudemanagement weitergegeben wurde. Das weitere Vorgehen ist eine Haushaltsfrage.

In Bezug auf die Musikschule ist man optimistisch, dass diese im Sinne des Musikschulfördergesetzes als förderungsfähig anerkannt wird. Aktuell läuft die dazugehörige Prüfung und es soll noch eine Fortbildung durchlaufen werden, aber man sei optimistisch im Anschluss als dann staatlich anerkannte Musikschule gefördert zu werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinterfragen, ob die Räumlichkeiten der örtlichen Musikschule bei einer beantragten Förderung geeignet seien.

Hierzu antwortet die Fachbereichsleiterin des Fachbereichs 4-40, dass die aktuelle Raumdoppelnutzung ein Hindernis sein könnte. Nichtsdestotrotz sei man zuversichtlich.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.



Öffentlicher Teil

16 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Da keine Besucher oder Vertreter anwesend sind, wird nicht aus dem nichtöffentlichen-Teil berichtet.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung (19:20 Uhr).

Vorsitz:

Protokollführung:

Christian Freitag von Dören

Annika Berg

